

## Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben

Hans-Jürgen Vorndran, der Kämmerer unserer Stadt, sieht sicher als erster die Finanzlücken im städtischen Haushaltsplan. Hatte er gerade gedacht, der Haushalt sei zum Jahresende ausgeglichen, kommt die Hiobsbotschaft, daß der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in diesem Jahr niedriger ausfällt als erwartet. Also haben wir jetzt ein 1,1-Millionen-Loch. Und bald werden wieder neue Gebührenerhöhungen auf die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zukommen.

Überall heißt es, die Finanzen seien äußerst knapp. Sehen wir genauer hin.

Mittlerweile gibt es 13.000 Einkommensmillionäre in Deutschland und eine Million Haushalte, die monatlich über mehr als 10.000 DM verfügen. Dagegen mußten 400.000 Arbeiterhaushalte mit weniger als 2000 Mark und 2,6 Millionen Haushalte mit weniger als 3000 Mark im Monat auskommen. Die Einkommensentwicklung zeigt, wie die Gesellschaft zunehmend auseinanderdriftet. Von 1982 bis 1991 mußten sich die Arbeitnehmer in Westdeutschland mit einem Zuwachs ihrer Haushaltseinkommen von real zehn Prozent zufriedengeben, während die Selbständigenhaushalte (ohne Landwirte) real sechzig Prozent zulegten. Die realen unternehmerischen Nettoeinkommen erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 129 Prozent. (Berechnungen des DGB nach Angaben des Statistischen Bundesamtes).

Zwei Tage nach der Bundestagswahl haben zudem die Herren Stihl und Murmann zugeschlagen. Die Herrschaften vom DIHT wollen weiteren rigorosen Sozialabbau.

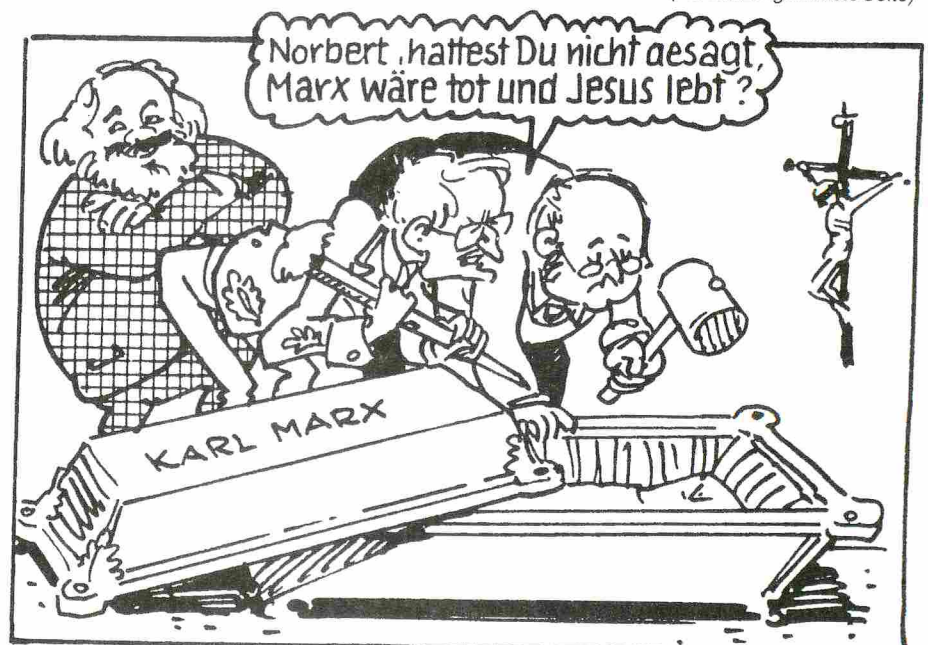
In den 80er Jahren hat sich in Westdeutschland eine breite Schicht von Wohlstandsbürgern herausgebildet. Eigentlich dürfte niemand in Deutschland Geldsorgen haben. Die Deutsche Bundesbank ermittelte für 1992 ein durchschnittliches Geldvermögen pro Haushalt in Höhe von 110.000 Mark. „Wohlstand für alle?“ Mitnichten. Die untere Hälfte der Haushalte besitzt so gut wie nichts bzw. ganze 2,4% des privaten Vermögens. Umgekehrt vereinigen die oberen zehn Prozent der Haushalte 50% des Gesamtvermögens auf sich. Zu vermer-

ken ist hier, daß sich die Vermögenszahlen auf 1983 beziehen - seither hat sich die Konzentration weiter verschärft.

Und das ist noch nicht die ganze Wahrheit. In der „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ (EVS) des Statistischen Bundesamtes werden die 0,2% der reichsten Haushalte aus „statistischen Gründen“ nicht ausgewertet. Nach Angaben von „forbes“ (8/94) vereinigen allein die 17 deutschen Vermögens-Multi-Milliardäre, die zu den 100 Reichsten der Welt gehören, 70 Milliarden Dollar (etwa 110 Milliarden Mark) auf sich.

Und die Banken? Allein die fünf Großbanken - Deutsche Bank, Dresdner Bank, Bayerische Vereinsbank, Commerzbank und Bayernhypo - erzielten im Jahre 1993 einen Zinsüberschuß von zusammen 31,1 Milliarden DM. „Ausgerechnet für das Rezessionsjahr 1993 legten die fünf deutschen Groß-

(Fortsetzung nächste Seite)



(Fortsetzung von Seite 1)

banken goldgeränderte Bilanzen vor“, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ (19. 4. 1994). Krisengewinnler! Siemens wiederum erzielte im Geschäftsjahr 92/93 aus seinen 20-Milliarden-Mark-Geldvermögen (liquide

**Vielleicht kommt demnächst noch einer auf diese Idee:**



Mittel) einen Finanzgewinn (insbesondere Zinsüberschuß) von 1,9 Milliarden Mark und damit weit mehr als die Hälfte des gesamten Bruttogewinns von 2,9 Milliarden Mark.

Führende Konzerne und Geldhäuser leiden nicht an Geldmangel, sie haben eher Probleme mit dem Überfluß an Geld. Siemens hat inzwischen eine eigene „Siemens Kapitalanlagengesellschaft“ (SKAG) gegründet, um aus Geld noch mehr Geld zu machen.

Soviel aus der allgemein zugänglichen Statistik, die sicher auch der Stadtkämmerer und die führenden Sozialdemokraten in unserer Stadt lesen. Wenigstens ab und zu könnten sie sich ja auch an die Erfahrung der Arbeiterbewegung erinnern: „Wer den den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben!“

## POST

*Frau E. Courtial, Am Wallgraben 1, Telefon 22947, Mörfelden-Walldorf, schreibt:*

*„Wir sind eine Gruppe von Frauen und suchen für Januar 1995 eine neue Sauna.“*

*Vor einigen Jahren wurden wir aus dem Therapeuticum vertrieben, da das Haus anderweitig genutzt werden sollte.*

*Danach fanden wir bei dem Squash-Club Mörfelden wieder einen Unterschlupf (Sauna).*

*Jetzt soll auch dieses Haus den Baggern weichen.*

*Vielleicht weiß ja jemand etwas in unmittelbarer Nähe für uns.“*

## KURZ NOTIERT

### Spende übergeben

Anläßlich der Veranstaltung des BUND zum Abschluß der Ozonmessungen in Mörfelden-Walldorf übergab Gerd Schulmeyer für die DKP/Offene Liste-Stadtverordnetenfraktion als Beitrag zur Finanzierung dieser Maßnahme 200.- DM. Zugleich kündigte er eine parlamentarische Initiative der DKP/Offene Liste zum Haushaltsplan 1995 an, die Fortsetzung des Meßprogramms im nächsten Jahr mit städtischen Mitteln zu unterstützen. Neben den Ozonwerten will der BUND Mörfelden-Walldorf auch verstärkt Lärmmessungen vornehmen und die Benzolwerte in den Straßen der Stadt messen.

### Offenes Denkmal

Am Tag des offenen Denkmals war der Mörfelder Wasserturm geöffnet. Viele Bürgerinnen und Bürger nahmen die Gelegenheit wahr, einen weiten Blick ins Land zu tun. Bei herrlichem Wetter wurden viele Bilder gemacht. Dank sei an dieser Stelle den Mitarbeitern der Stadtverwaltung - besonders des Bauamts - gesagt, die an der Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltung beteiligt waren. Man sollte überlegen, ob dieses Angebot öfter möglich ist, z.B. auch als Ausflugsziel für die örtlichen Schulklassen. Die DKP/Offene Liste hat das in einer Ausschußsitzung der Stadtverordnetenversammlung angeregt.

### Erkenntnis

Für 45.000,- DM Mietkosten pro Jahr will die Stadt ein Öffentliches Toilettenhäuschen am Bahnhof Walldorf aufstellen. Die DKP/Offene Liste hielt das für nicht angemessen, wurde aber im Parlament überstimmt. Inzwischen gibt es neue Angebote und Bürgermeister Brehl zieht die Bremse. Er schlägt vor, daß „ein Sachbericht erstellt (wird) und dieser der Stadtverordnetenversammlung zu einer erneuten Diskussion zugeht. Nach den mittlerweile bekannten Informationen erscheint mir insbeson-

dere wegen des hohen Mietpreises bei der Firma ... eine nochmalige Prüfung und Diskussion sinnvoll und notwendig“.

Wir gratulieren dem Bürgermeister zu dieser Erkenntnis, zu der er sich vor vier Wochen, ebenso wie die sonst immer aufs Sparen bedachten Fraktionen von SPD und CDU, nicht durchringen konnte.

### „Dritter Stadtrat“ verabschiedet

Mit der Verabschiedung von Dirk Treber, 1989-1994 hauptamtlicher Stadtrat der Grünen in Mörfelden-Walldorf, ist auch die Stelle abgeschafft. DKP und DKP/Offene Liste waren von Anfang an der Meinung, daß unsere Stadt keine drei Wahlbeamten braucht. Das hierfür aus parteipolitischen Gründen - als Preis für eine Koalitionsvereinbarung - verausgabte Geld (ca. 1 Million) hätte gut anders angelegt werden können. Wir erwarten, daß sich das vor allem die SPD-Fraktion eine Lehre sein läßt. Man munkelt nämlich schon von einer hauptamtlichen Stadtratsstelle für die CDU, mit der nach einer Schamfrist die Zustimmung zum Haushalt honoriert werden soll.

### Verpaßte Gelegenheit

Die Tempo 30-Zone in Walldorf soll erweitert werden. Unverständlich bleibt für uns, warum bei dieser Gelegenheit nicht mehr für die Sicherheit der Radfahrer herauskommt. Weder in der Farmstraße, die erst garnicht in die Tempo 30-Zone einbezogen wird, noch in der Kelsterbacher Straße sollen Radwege vorgesehen werden. Ein schwaches Bild, finden wir, wo doch sonst immer so viel von „fahrradfreundlichen Maßnahmen“ geredet wird - eine verpaßte Gelegenheit mehr.



**Zeitung  
der DKP**



Zwei Wochen lang hatten Jugendliche dieses leerstehende Haus in der Mörfelder Kalbsgasse besetzt, um gegen einen an dieser Stelle vorgesehenen Parkplatz zu protestieren. Die Anwohner der Kalbsgasse solidarisierten sich mit den Jugendlichen und verteilten selbst in der Altstadt ein Flugblatt in dem es u.a. heißt:

## Hände weg von der Kalbsgasse !

„Noch ist die Kalbsgasse eine Gasse. Arg gebeutelt zwar. Als sie Sackgasse war, war es ruhiger. Als die Oberförsterei noch stand, war es grüner, als der Parkplatz noch nicht war, konnten Kinder auf der Straße spielen - aber immer noch ist sie als Gasse zu erkennen, herrscht ein nachbarschaftliches Klima im Schatten des Beton- und Glasblockz. Der Magistrat hätte gerne die Wohnhäuser hinter dem Rathaus abgerissen und den Parkplatz erweitert. Ein seit langem leerstehendes Haus hat er aufgekauft und läßt es seit einigen Jahren einfach zur Ruine werden. Das andere Haus geben die Bewohner nicht her. Das ist gut so. Was würde aus der Kalbsgasse, wenn die Häuser weg wären? Sie würde zum Randbereich eines Parkplatzes, zum Hinterhof von Verwaltung, diene zum Verstecken von Müllcontainern und als Lkw-Zubringer für Geschäfte. Regelmäßig werden schon jetzt Dachrinnen und Dachteile von Lkw's beschädigt oder abgerissen.

Landauf, landab gibt es Fußgängerzonen, will man den Verkehr aus den Städten heraushalten, hier wollen eini-

ge, die die Zeit verschlafen haben, noch mehr Raum für ihr liebstes Blech schaffen. Die Entschlußfreude des Magistrates ist gering, wenn es um die Erhaltung von Lebensqualität geht, wenn es geboten wäre, alte Häuser, die das Gesicht einer Stadt ausmachen, zu erhalten. Das alte Rathaus steht seit Jahren leer. Das Haus in der Langgasse, in dem der Salon Schneider war, lassen sie herunterkommen. Mit dem Eckhaus Kalbsgasse/Langgasse, weiß auch keiner, wann und wie es weitergeht.

Jetzt haben junge Leute das leerstehende Haus in der Kalbsgasse besetzt, um gegen Wohnraumvernichtung zu protestieren. Gleich kündigt der ehrenwerte Bürgermeister den Abriß des Gebäudes an. Da er nicht lange fackelt, ist es an der Zeit, sich für die Erhaltung der Kalbsgasse stark zu machen. Die Besetzer bieten an, bei der Renovierung selbst mit Hand anzulegen. Egal ob das Haus für eine Wohnung, oder eine andere Einrichtung genutzt werden würde. Man jammert im Rathaus über die beengten Verhältnisse der Verwaltung und läßt ein städtisches Haus direkt neben dem Rathaus leerstehen, während die Stadt Räume für die Steuergelder anmietet? Das können wir nicht verstehen! Wer die Kalbsgasse erhalten will, muß dem Magistrat Einhalt gebieten! Warum gibt man das Haus nicht einer jungen Familie oder einer Wohngemeinschaft, die es sich nach und nach herrichtet? Gibt es keine Wohnungsnot in Mörfelden-Walldorf? Das Motto der Magistratsmehrheit lautet offenbar: Freie Bahn dem Verkehr, mehr Benzindämpfe in unsere Straßen! Unser Motto: Erhaltet die Kalbsgasse! Macht den Stadtkern für Fußgänger attraktiv!“

## ANTRAG

Antrag der Fraktion DKP/Offene Liste in der Stadtverordnetenversammlung:

„Der Magistrat setzt sich mit Nachdruck bei der Landesregierung dafür ein, daß auf der Autobahn (A5) in Höhe von Mörfelden-Walldorf eine Geschwindigkeitsbeschränkung (Tempo 100) erlassen wird, um das Lärmaufkommen zu reduzieren.“

## ANTRAG

Die Fraktion der DKP/Offene Liste stellte zum Thema einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung:

„Der Magistrat wird beauftragt, bis Ende des Jahres folgende Vorschläge zu erarbeiten:

1. Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Kalbsgasse, die mit den Anwohnern abgestimmt sind.
2. Einen Nutzungsvorschlag für das seit Jahren leerstehende Wohnhaus Kalbsgasse Nr. 5, einschl. Zeitplan. (Dabei muß garantiert sein, daß bis zur endgültigen Beschlußfassung kein Abriß erfolgt.)
3. Einen Zeitplan für die Renovierung des Hauses Langgasse 43 ("Schneider-Haus") und des Eckhauses Langgasse/Kalbsgasse ("Eilberg-Haus").

*Begründung:*

*Die aktuellen Ereignisse (Besetzung des Hauses Kalbsgasse Nr. 5) und die Diskussionsbeiträge der Anlieger, die seit Jahren für Verkehrsberuhigung eintreten, sollten für den Magistrat Grund genug sein, die Planungen zu beschleunigen und offenzulegen. Jeder Tag, an dem ein Haus leersteht, verteuert seine Instandsetzung. Die Meinung des Bürgermeisters, der den Abriß des leerstehenden Wohnhauses für Parkplätze offensichtlich befürwortet, halten wir für verhängnisvoll; ebenso den von SPD und CDU beschlossenen Ausstieg aus der "einfachen Stadterneuerung", der den finanziellen Spielraum drastisch einengt.*

*Begründung: Verschiedentlich konnten in der Vergangenheit Einzelregelungen durchgesetzt werden.*

*In unserer Stadt, deren Einwohner unter starkem Fluglärm zu leiden haben, ist eine solche Tempobeschränkung unbedingt erforderlich, um wenigstens einen Teil der Belastungen zu vermindern.*



BUNDESTAGSWAHL 1994

## Rechte geschwächt Koalition kann dennoch weiter regieren!

Das entscheidende Ergebnis der Bundestagswahl bestand darin, daß sich das parlamentarische Kräfteverhältnis zu Ungunsten der Rechtskoalition verschoben hat. Zwar kann Kanzler Kohl in Bonn zunächst weiter regieren. Dennoch sind die Verluste für CDU/CSU (-2,3% auf jetzt 41,5%) und FDP (-4,1% auf 6,9%) eklatant. Gerade das Abschneiden der FDP zeigt, vor allem wenn man die gleichzeitig durchgeführten Landtagswahlen im Saarland, in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mitbedenkt, daß die CDU/CSU mit einem recht wackligen Koalitionspartner in die kommende Legislaturperiode gehen muß. Der blau-gelben „Partei der Reichen“ wurde vom Wähler nur noch die Funktion der Mehrheitsbeschafferin für Rechts zugebilligt, für nichts anderes wird sie in diesem Land noch gebraucht.

Und die Frage steht, wie lange wird sie überhaupt noch benötigt, hat sich doch in Westdeutschland mit den Grünen eine Partei als deutlich drittstärkste parlamentarische Kraft etabliert, die offenbar viel vom ehemaligen liberalen FDP-Mittelstandsklientel auf sich vereinigen konnte, und die bundesweit auf den verschiedensten Ebenen für völlig unterschiedliche Koalitionsvarianten zur Verfügung steht. Bündnis 90/Die Grünen haben vielleicht deshalb bei dieser Wahl so stark zugelegt

(+2,3% auf 7,3%), obwohl sie inzwischen in einer Reihe von Landtagen und in vielen (auch größeren) Städten und Gemeinden aktiv an Sozialabbau-praktiken beteiligt sind, weil gerade dies für ihre Hauptwählerbasis (nicht-artermer, ökologisch orientierter Mittelstand) offenbar nicht das entscheidende Problem darstellt.

Die SPD hat prozentual relativ viel hinzugewonnen (+2,9% auf 36,4), ihr erklärtes Wahlziel, den Kanzlerwechsel, allerdings verfehlt. Die Hauptursache liegt wohl darin begründet - und das war lange vor dem Wahltermin deutlich sichtbar -, daß die SPD keine echte politische Alternative zu dem Rechtskurs der Regierungskoalition darstellte. Kanzlerkandidat Scharping war gewissermaßen die Personifizierung dieser Nicht-Alternative!

Das Wahlergebnis für die PDS (Einzug in den Bundestag über vier Direktmandate und annähernde Verdoppelung der Stimmen) muß als großer Erfolg gewertet werden, an dessen Zustandekommen die DKP als Partei nach Kräften mitwirkte.

Daß die Gefahr der parlamentarischen Stärkung der äußersten Rechten mit dieser Wahl nicht beseitigt ist, obwohl z.B. die REPs im Bundesmaßstab an Stimmen verloren (die sich dann sicher bei CDU/CSU bzw. FDP wiederfan-

den), zeigt ein Blick auf das hessische Wahlergebnis. Hier konnten die REPs um gut 11 000 Stimmen (+0,3% auf 2,4%) zulegen!

Überhaupt fällt das hessische Ergebnis total aus dem Bundestrend heraus. Während nämlich die CDU und die FDP knapp verloren haben (-0,6% auf 40,7% bzw. -2,8% auf 8,1%), hat die SPD sehr viel verloren und mit 37,2% ihr schlechtestes Ergebnis seit 1953 eingefahren. In Frankfurt erzielte sie gar ihr schlechtestes Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik! Auch der Wahlkreis 141 (Groß-Gerau) wurde von der SPD verloren, sicher nicht, weil hier ein PDS-Kandidat 1504 Stimmen sammeln konnte.

### PDS-Ergebnisse in unserer Stadt

In Mörfelden-Walldorf erhielt die PDS 436 (2,6%) Erststimmen und 324 (1,9%) Zweitstimmen. Die besten PDS-Ergebnisse gab es bei den Erststimmen in Mörfelden: Wahlbezirk 14: 6,0%, Wahlbezirk 16: 4,9%, Wahlbezirk 12: 4,3%, Wahlbezirk 11: 4,1%.

Man muß resümierend feststellen: Gegen den Rechtskurs, der nach dem Willen des großen Kapitals jetzt verschärft weitergefahren werden soll, muß man künftig entschiedener und gemeinsam im Bündnis mit allen Demokraten und linken Kräften anzugehen. Wer, wie Scharping, weiter einen hysterischen Anti-PDS-Kurs steuert, hat die Zeichen der Zeit offenbar nicht erkannt.

*Wie rasch altern doch die  
Leute in der SPD!  
Wenn sie dreißig sind,  
sind sie vierzig;  
wenn sie vierzig sind,  
sind sie fünfzig,  
und im Handumdrehn ist der  
Realpolitiker fertig.*

*Kurt Tucholsky*

# Wo bleibt das Geld?

Wußten Sie das eigentlich? In jeder Stunde macht der öffentliche Sektor unseres Landes, Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden, 20 Millionen DM Schulden. Insgesamt wird die Staatsverschuldung in diesem Jahr die Zwei-Billionen-Grenze übersteigen und sich damit seit 1990 verdoppeln.

Die Folge: In diesem Jahr werden durch die staatliche Schuldenmacherei rund 120 Milliarden DM an Zinsen fällig. Im kommenden Jahr werden sogar 144 Milliarden DM an Steuergeldern nicht für Schulen oder Sozialleistungen zur Verfügung stehen, sondern für Zinsen draufgehen. Die auch von der hiesigen CDU ständig aufgelegte Platte, diese enormen Summen wären der „Preis der deutschen Einheit“ ist ebenso verlogen wie die Erklärungen konservativer Finanzminister, wonach sie permanent die Schulden abbauen würden. Die in Bonn praktizierte Politik auf Pump hat viele Ursachen:

Der Bund der Steuerzahler errechnete, daß vom Staat rund 55 Milliarden DM Jahr für Jahr verschleudert und verschwendet werden.

Beispiele:

Für den Transport von Regierungsmitgliedern wurden drei Airbusse umgebaut. Betten, Duschen und Komfortoiletten. Veranschlagt dafür wurden 282 Millionen Mark tatsächlich gekostet hat der Luxus 1,1 Milliarden DM.

Für den neuen Münchner Flughafen waren 2 Milliarden geplant. Tatsächlich wurden 8,5 Milliarden DM ausgegeben. Am Frankfurter Flughafen wurde ein milliardenteures Terminal Ost errichtet. Noch nicht eingeweiht, wurde deutlich, es muß für 600 Millionen umgebaut werden.

In NRW ließ Innenminister Schnoor Dienstfahrräder für die Polizei anschaffen. Stückpreis 2.300.DM!

Ein weiterer Grund für die unerträgliche Politik auf Pump ist in der Rüstungs- und Großmacht-Politik Bonns zu finden. Dafür als Beleg nur einige Positionen: 17 Milliarden DM zahlte die Bonner Regierung an die Golfkriegs-Koalition.

Rund eine Milliarde DM kostete der Bundeswehr-Einsatz in Somalia.

Der Bau des „Eurofighters 2000“ war einmal mit 6 Milliarden DM veranschlagt, nun geht man in Bonn von über 10 Milliarden DM aus.

Für 300 Millionen Mark ließ Minister Rühle ein eigenes Landesystem für die Luftwaf-

fe entwickeln. Es war unbrauchbar. Der Herstellungsfirma zahlte Bonn jährlich eine Million, damit sie die Geräte, die niemand wollte, einlagerte. Schließlich wurde der ganze Schrott für sage und schreibe 15.315,- DM an den Produzenten zurückverkauft!

Die dritte Quelle für die Schuldenmacherei des Staates ist die skrupellosen Bedienung der Großunternehmen und der Hochfinanz. Hier gibt es Steuernachlässe und nicht verfolgte Steuerhinterziehungen, durch die rund 80 Milliarden jedes Jahr verloren gehen.

Da gibt es die Superpleiten der „Treuhand“ und der „Amigos“:

Schneider, Super-Baulöwe kassierte 13 Milliarden DM an Krediten und verschwand auf Nimmerwiedersehen.

Die Balsam AG aus Ostwestfalen hat seit 1985 gefälschte Bilanzen vorgelegt und geht jetzt mit 2,5 Milliarden DM Schulden in den Konkurs.

Der Staat kontrollierte weder Schneider oder die Balsam-AG, noch die Deutsche Bank.

Dafür aber stehen jetzt neue Lasten für die Steuerzahler ins Haus. 1960 steuerte der Staat dem Bundesbürger 6,3 Prozent seines Einkommens weg. 1990 waren es 22,5 und im kommenden Jahr werden es 24,5 Prozent sein. Dazu kommen auch in unserer Stadt Abgaben und Gebühren, die jährlich nach oben schnellen. Insgesamt nimmt sich der Staat 45 Prozent aller Löhne und Gehälter, aber natürlich mit Unterschieden. Während die Unternehmen und großen Einkommen und Vermögen steuerlich und abgabenmäßig entlastet werden, werden für den Durchschnittsverdiener 1997 nur noch 50 Pfennig von jeder Mark bleiben. Schon heute holt sich der Staat: 76% des Preises beim Benzin, 74% bei Spirituo-

sen, 72% bei Tabakwaren, 37% bei Kaffee, 31% bei Heizöl.

Ab 1995 werden neue Rekorde anvisiert: 26 Milliarden als Solidaritätszuschlag, 2,5 Milliarden holt sich der Fiskus bei der Versicherungssteuer, 16 Milliarden zahlen die abhängig Beschäftigten in die Pflegeversicherung, und weitere acht Milliarden müssen die Autofahrer ab 1996 blechen.

Natürlich wollen die Rechtskonservativen auch „sparen“. Schäuble, hat jetzt in einem Interview erklärt, daß das Ziel des Staates „mehr Eigenverantwortung des Einzelnen, weniger soziale Hängematte“ sei. Darum müsse die Sozialhilfe gekürzt werden! So werde ein Anreiz für die Sozialhilfeempfänger gegeben, wieder eine Arbeit aufzunehmen, meinte der designierte Kohl-Nachfolger.

Der skrupellose Zynismus ist nicht mehr zu überbieten. Den Ärmsten der Armen im Lande, und deren werden immer mehr, wird vorgeworfen, sie seien Arbeitsscheu, deshalb muß man sie noch kürzer halten. Neben diesem Schäuble-Plan, der auch schon von Waigel und Rexrodt vertreten wurde, ist auch schon die Besteuerung der Renten im Gespräch. Auch da soll es die Masse machen, also die Klein- und Witwenrenten. Das Land auf dem Wege von der Zweidrittel in die Halb-und-Halb-Gesellschaft, zur Jahrtausendwende der Marsch in den Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts.

Ach ja, die Hauptverantwortlichen für diese „Politik“ erhielten gerade mal wieder eine Mehrheit.

Und unsere Sozialdemokraten? Wenn man nur einmal erleben dürfte, daß sie vor Ort ähnliche Wahrheiten formulieren würden. Wenn nur einmal von ihnen, im Kreistag oder im Stadtparlament, Protest gegen diese gesellschaftlichen Zustände käme.

Der „blickpunkt“ erscheint in diesen Tagen seit 25 Jahren, hätte es einen solchen Protest gegeben, wir hätten ihn veröffentlicht. So konnten wir immer nur von Gebührenerhöhungen berichten.



Aus dem Jahre 1924 stammt diese Karrikatur. Hat sich was verändert?



Mitglieder der »Bürgerinitiative gegen Flughafenerweiterung Mörfelden-Walldorf« demonstrierten im neuen Terminal 2 des Frankfurter Flughafens gegen die geplante neue Waldzerstörung.

# Argumente zum Nachdenken

## Waldverluste

Vor wenigen Jahren hieß es in Wiesbaden: „Am Flughafen wird kein Baum mehr fallen!“

Nach den Raubbau für die Startbahn/West wurden erneut 61 Hektar gefällt. Jetzt erwarten wir die Rodung von weiteren 30 Hektar Wald direkt am Nordrand von Walldorf.

Für unterschiedliche Vorhaben stehen mittlerweile über 160 ha Wald in der Rhein-Main-Region auf der Rodungsliste.

Noch in diesem Jahr will man mit dem Bau von »Cargo-City-Süd« beginnen. Das bedeutet noch mehr Krach und Dreck am Himmel und auf der Erde, noch mehr Siedlungsdruck, noch mehr Straßenverkehr. Man geht davon aus, Cargo-City bringt täglich 9400 Fahrzeuge mehr auf die Straße, für Cargo-City braucht man erneut ca. 4 bis 6000 Parkplätze.

**Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!**

**Unser Konto:  
Kreissparkasse GG,  
Konto-Nr. 9003419,  
BLZ 50852553**

## Vor der Haustür

Wenn man sich die Cargo-City-Pläne ansieht, kann man sich leicht vorstellen, was da auf Mörfelden-Walldorf zukommt. Der Flughafen wäre dann wirklich genau vor den Toren der Stadt. Überhaupt zeigt die Planung, daß man noch viel vorhat. Cargo-City wurde nämlich an den südlichsten Rand des FAG-Geländes projektiert. So bleibt die Möglichkeit später eine dritte Parallelbahn zu bauen oder die beiden vorhandenen Bahnen zu spreizen, damit ein gleichzeitiger Betrieb möglich wird.

## Arbeitsplätze

Wie ist es damit? Der Flughafen-Chef sagt: »Der Flughafen schafft täglich acht neue Arbeitsplätze, dieses Wachstum führt zu acht weiteren im Umland, also 16 Arbeitsplätze am Tag. Jetzt gibt es am Flughafen 52.000 Beschäftigte in 15 Jahren 100.000.« Im Raumordnungsverfahren heißt es: »bis zum Jahre 2010 werden durch Cargo-City 6250 Arbeitsplätze geschaffen.« Diese Argumentation ist zu hinterfragen. Die hessische Industrie hat nämlich seit 1992 100.000 Arbeitsplätze vernichtet. Auch auf dem Flughafen selbst werden ständig Arbeitsplätze weggerationalisiert.

## Frachtpraxis

Es heißt, Cargo-City ist notwendig, weil das Frachtaufkommen wächst. Aber kaum einer der Politiker hinterfragt die Frachtpraxis.

Da werden in Detroit Auto-Kotflügel produziert - per Luftfracht nach Frankfurt gebracht - und von hier mit dem Lkw nach Mailand zur Entmontage transportiert.

Da wird Elektronik hier produziert - in Taiwan verpackt - und zurückgeflogen. Und natürlich brauchen wir Erdbeeren im Winter.

Das alles geht, weil die Kerosin-Preise Spottpreise sind.

So macht mittlerweile die Luftfracht bald 50% der Flugbewegungen aus und man erwartet bis 2010 eine Verdreifachung des Frachtverkehrs.

Keiner spricht davon, daß durch diese Fracht-Praxis und die benutzten Niedriglohnländer massenhaft Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet werden. Nur - für all das, braucht man Cargo-City.

*»Schmeicheln wir uns nicht so sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns.«*

*Friedrich Engels*

## Ozonschicht über Deutschland wird dünner

FR 27-10-94

BONN, 26. Oktober (dpa). Auch über Deutschland ist die Ozonschicht dünner geworden, die vor der gefährlichen ultravioletten Strahlung schützt. Wie aus einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht der Bundesregierung hervorgeht, haben Messungen eine Ozonverlustrate von etwa fünf Prozent pro Jahrzehnt in der Höhe von 18 bis 22 Kilometer ergeben.

## Gesundheit

Man weiß es zwar schon lange, der Flugverkehr schädigt die Ozonschicht. Fluglärm und Abgase machen die Menschen krank.

Es heißt, neue technische Möglichkeiten erlauben mehr Starts und Landungen - keiner fragt ob das denn die Leute in Mörfelden, Walldorf, Rüsselsheim, Raunheim, Offenbach oder sonst wo überhaupt noch aushalten. Immer mehr Krach - immer mehr Abgase.

Bei den Todesursachen in Offenbach liegt die Bronchitis mit 22% und der Bluthochdruck 32% über dem hessischen Landesdurchschnitt.

Es wird schlimmer werden - im Raumordnungsverfahren für Cargo-City heißt es: »Die Belastungen durch Benzol, (Diesel)-Ruß und NO<sub>2</sub> überschreiten vermutlich . . . die Zielwerte des Länderausschusses . . . die zur Minderung des Krebsrisikos formuliert wurden.« Eigentlich sollte man ja langsam wissen, was da so auf uns zu kommt: Man braucht nur Stichworte aneinanderzureihen: FCKW und Ozonloch, CO<sub>2</sub> und Pseudokrapp, Luftverschmutzung und Neurodermitis, Klimaveränderungen, Hautkrebs, Stürme, Hochwasser. Naturkatastrophen? Nein, Menschenkatastrophen! Katastrophen von Menschen gemacht. Ergebnis vieler kleiner Dinge, zu denen wir nicht Nein sagten.

## Krach ohne Ende

Im Flughafenumland werden die Belästigungen nach der erneuten Flughafenerweiterung zunehmen. Der nächtliche Fluglärm steigt und er wird noch wachsen, wenn Cargo-City erst gebaut ist.

Die nächtlichen Flugbewegungen (zwischen 22 und 6 Uhr) sind im ersten Quartal 1994 erneut angestiegen. Beim

Zivilverkehr gab es einen Zuwachs von 6,2%, bei der Air Force von 1,1%. Im April gab es durchschnittlich 67,5 Nachtflugbewegungen.

Die Gesamtzahl der Flugbewegungen stieg im ersten Quartal 1994 auf 89.995. Das sind 5,4% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im vergangenen Jahr gab es 379.000 Starts und Landungen auf dem Flughafen Rhein-Main. Nach dem Bau des neuen Terminals plant man neue Rekordzahlen. Soll das immer so weitergehen?

## Unglaublich

Am 20. Dezember 1993 wurde zwischen der BRD, der FAG und der US-Air-Force ein Abkommen unterzeichnet, wonach die Amerikaner für eine Zahlung von 117,5 Millionen DM die Hälfte "ihres" 360-ha-Geländes der FAG überlassen. Vom 180-ha-Zuwachs braucht die FAG aber nur 100 ha für »Cargo-City«, der Rest soll für "Spiel und Spaß" sein. Der FAG-Chef stellt sich sogar einen Freizeitpark mit Rundkino und anderen Unterhaltungsmöglichkeiten vor. Vor allem für den Abend- und Nachtbetrieb.

Anstatt darüber nachzudenken, ob man am Flughafen-Südrand nicht den dünnen Waldschutzgürtel wieder etwas dichter machen könnte, plant man ein Disneyland am Nordrand von Walldorf. Unglaublich!

## Frankfurt's Rettung?

Viele Sozialdemokraten, so auch Frankfurts Oberbürgermeister, sind für Cargo-City. Frankfurt ist zur Zeit mit 8,7 Milliarden DM die höchst verschuldete Stadt in unserem Land. Jeden Tag kriegen von hier die Banken 2 Millionen Mark Zinsen. Glaubt Herr Schoeler wirklich, der endlose Flughafen-Ausbau würde Frankfurt retten? Bei den Managern der Flughafen AG, gibt es keinerlei Nachdenklichkeit. Für sie sind die Kritiker »grüne Phantasten«. Diese hochbezahlten »Spitzenmanager« haben gerade ein Terminal gebaut, das jetzt wieder für 600 Millionen Mark umgebaut werden muß. »Die Prognosen hätten nicht gestimmt« sagen sie. Ob die Prognosen für Cargo-City stimmen, verraten sie nicht - nur - 31 Hektar Wald wären dann vernichtet und die Fläche betoniert.

Wir sind realistisch, was die möglichen Erfolge angeht, aber wenn wir uns bei den Cargo-City-Rodungen nicht querlegen, dann werden umso schneller die anderen Waldvernichtungspläne durchgesetzt.

Es ist also höchste Zeit, daß die Bürgerinnen und Bürger in der Flughafenregion ihre Resignation abstreifen und sich wieder verstärkt einmischen. Vor allem die 20- und 30jährigen - Menschen die mit ihren Kindern bei uns eine Zukunft haben wollen - sollten genau verfolgen wie diese Region verändert werden soll.



Kundgebung der »Bürgerinitiative gegen Flughafenerweiterung« am FAG-Zaun.

# Stadtgeschichten



Im Oktober-"blickpunkt" brachten wir an dieser Stelle eine Abbildung der von Mörfelder Kerweburschen vor der Gaststätte "Sattler", Ende der zwanziger Jahre. Die Walldorfer Kerb ist nun mal 8 Tage später, sodaß der Verfasser dieser Zeilen sich bemühte, rechtzeitig zur November-Ausgabe des „blickpunkt“ ein Foto von Walldorfer „Kerweburschen“ aus früherer Zeit aufzutreiben. Diese wollten anscheinend für die Nachwelt einen guten Eindruck hinterlassen und bestellten den Fotografen sehr früh, bevor der obligatorische Kerweumtrunk vonstatten ging. Uns liegt auch ein Bild der gleichen Burschen vor, das am „Kerwemontag“ aufgenommen wurde, worauf zu sehen ist, daß die Standfestigkeit nicht immer zwei Tage anhält. Die Jahreszahl „Kerb 1929“ kann auch nur deshalb so genau wiedergegeben werden, weil vom Besitzer dieses Fotos das Datum damals schon vermerkt wurde. Auch die Namen der Mützen- und Schärpenträger wurden genau übermittelt. Es sind: Obere Reihe von links, Wilhelm Passet, Adolf Schwarzenberger, Konrad Wilker, Peter Jakob, Abraham Jourdan, Adolf Wilker und Paul Napiontek. Zweite Reihe von links, Adolf Klein (Masseur), Willi Lipps, Adam Jakob, Adam Cezanne, Richard Arndt, Wilhelm Zwilling, Jakob Becker, Wilhelm Jourdan und Jakob Klein. Untere Reihe sitzend von links, Heinrich Reviol, Karl Cezanne, Jakob Gumbart, "Kerwevatter" Heinrich Markolf, Philipp Wilker, Georg Schultmeyer.



Seit einem Jahr besteht es das Jugendblasorchester und schon bestritt es gemeinsam mit dem Bläser-Quintett den ersten Teil des Herbstkonzertes der SKV. Torsten Grund der aus dem Bläserorchester hervorgegangene Nachwuchsdirigent leitet das 20 Mitglieder zählende Jugendorchester. Die SKV-Mörfelden bestreitet hier, ähnlich wie bei der Gesangsabteilung mit dem Kinder- und Jugendchor, neue Wege der Nachwuchsförderung. Junge Dirigenten und ein junge Menschen ansprechendes Repertoire, haben schon beachtenswertes auf die Beine gestellt. Weitere Kostproben hiervon werden beim traditionellen Adventskonzert demnächst im Bürgerhaus geboten. Die Übungsstunde ist jeden Freitag beim „Sattler“ von 18.30 bis 20.00 Uhr. Jeder der Spaß am Musizieren hat ist herzlich willkommen. HH

